

ARBEITSMARKT

„Moderne Sklaven“

Kaum sind die Auswüchse der Zeitarbeit einigermaßen eingedämmt, weichen viele Unternehmen auf Werkverträge aus. Die Gewerkschaften fürchten eine neue Lohndumping-Welle.

Mehr als 450 Zollfahnder schwärmen am Dienstag vergangener Woche aus, sie durchsuchten Logistikzentren sowie Privat- und Geschäftsräume in fünf Bundesländern. Und das alles, um die Frage zu beantworten, ob Gabelstaplerfahrer und Lagerarbeiter den Lohn erhalten, der ihnen zusteht.

Der Verdacht der Ermittler: Die Einzelhandelsketten Netto und Kaufland sollen mit Hilfe von Subunternehmern und

Wirtschaft: die wachsende Zahl von Werkverträgen. „Nach dem Missbrauch der Leiharbeit suchen viele Arbeitgeber das nächste gesetzliche Schlupfloch, um weiter Lohndumping betreiben zu können“, warnt DGB-Chef Michael Sommer.

Wie viele Arbeitnehmer in Deutschland davon betroffen sind, weiß niemand, konkrete Zahlen gibt es nicht. Denn während die Firmen bei Zeitarbeitsverträgen Arbeitnehmer von Subunternehmen aus-



Bauarbeiter in Berlin: „Wir brauchen mehr Transparenz“

Geschäftspartnern rechtswidrige Werkverträge abgeschlossen haben – und so die Löhne im Lager um rund 30 Prozent gedrückt haben.

Monatelang werden die Zollbeamten sich jetzt durch Geschäftsunterlagen und Arbeitsverträge wühlen, mit Vorarbeitern und den Betroffenen reden, um ihren Verdacht zu belegen: dass die Arbeitskräfte zwar nicht direkt bei Netto und Kaufland angestellt waren, aber trotzdem wie normale Angestellte agierten und die Weisungen der Chefs vor Ort befolgten. Dass sie also ins Unternehmen integriert waren wie ganz normale Arbeiter. Die Firmen sichern Kooperation zu und glauben, korrekt gehandelt zu haben.

Die Durchsuchungen werfen ein Licht auf einen Trend quer durch die deutsche

leihen, kaufen sie mit Werkverträgen eine bestimmte Leistung ein. Bezahlt wird ein „Werk“, also etwa die Kantinenbewirtung oder die Reinigung der Büroräume. Der Auftraggeber verbucht Werkverträge deshalb nicht als Personalkosten, sondern als Sachausgaben wie den Firmenwagen auf dem Hof oder die Werkzeugmaschine in der Halle.

Das Besondere an dieser Beschäftigungsart: Die Leistungen werden komplett eigenständig erbracht – kein Vorgesetzter des Auftraggebers hat den Arbeitnehmer etwas zu sagen, kein Werkzeug des Auftraggebers darf benutzt werden. So weit die Theorie. In der Praxis stellt sich jedoch oft die Frage, ob mancher Werkvertrag ein Scheinwerkvertrag ist und in Wahrheit verdeckte Leiharbeit.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di geht davon aus, dass im Einzelhandel derzeit etwa 120 Subfirmen mit 350.000 Beschäftigten arbeiten. Immer häufiger lagern Edeka und Co. die Jobs aus, die zeitintensiv und damit teuer sind: Wenn es darum geht, Regale im Supermarkt aufzufüllen oder Waren in den Logistikzentren überhaupt erst zusammenzupacken, dann kommen zunehmend Arbeitskräfte zum Einsatz, die von Fremdfirmen gestellt werden. Sie erscheinen nicht auf der Lohnliste der Handelskonzerne.

In der Bauindustrie ist diese Praxis seit Jahrzehnten gang und gäbe. „Es gibt in Deutschland kaum noch ein Bauunternehmen, das ohne Werkverträge am Markt agiert“, sagt Klaus Wiesehegel, Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bau. Viele dieser Verträge mit Subunternehmern seien verdeckte Leiharbeit, um Mitbestimmung und den Mindestlohn der Bauindustrie zu umgehen. Wiesehegel kämpft nicht per se gegen Werkverträge, will aber die Kette der Subunternehmen auf höchstens zwei beschränken.

DGB-Chef Sommer fordert die Regierung auf, die Abgrenzung zwischen Werk- und Arbeitsvertrag so auszugestalten, dass die Arbeitnehmer besser geschützt sind. Das Arbeitsministerium sieht derzeit keinen gesetzlichen Handlungsbedarf, allerdings will sich Ursula von der Leyen die Situation gründlich ansehen. „Wir brauchen mehr Transparenz, damit die Arbeitnehmer ihre Rechte genau kennen und auch einfordern, aber genauso wichtig sind effektive Kontrollen, damit Arbeitgeber die bestehenden Gesetze einhalten. In beiden Punkten können wir besser werden“, sagt die Ministerin.

In der Schlachtindustrie arbeiten nach Schätzung der Gewerkschaft Nahrungsgenuss Gaststätten (NGG) bis zu 90 Prozent der Beschäftigten über Werkverträge. Häufig kommen die Billigkräfte aus Rumänien. „Die Leute arbeiten teilweise 12 bis 16 Stunden am Stück. Das sind moderne Sklaven“, sagt Mark Baumeister, Geschäftsführer der NGG im Saarland.

Die Firma Höll produziert mit rund 320 Mitarbeitern in Saarbrücken Fleisch- und Wurstwaren, vornehmlich für Discounter. Im September musste sie Insolvenz anmelden. Anfang vergangener Woche wurden rund hundert Mitarbeiter in eine Transfergesellschaft entlassen. Die Frühlingschicht mussten sie noch beenden. In einem Nebenraum wurden gleichzeitig rumänische Arbeiter eingekleidet, die nun über Werkverträge in der Fabrik arbeiten sollen – zu deutlich niedrigeren Löhnen.

Selbst in der Metallindustrie macht sich „die neue Masche der Chefs“, so die Mitgliederzeitschrift der IG-Metall, breit. Gewerkschaftsboss Berthold Huber will Zeitarbeit und Werkverträge zum Thema in der kommenden Tarifrunde ma-

chen. „Wir dürfen bei Werkverträgen nicht genauso schlafen, wie wir das früher bei der Leiharbeit getan haben“, sagt der Gewerkschafter Bernd Kruppa aus Leipzig. Er befürchtet, dass auch mit den Werkverträgen weitere Stammbesetzungen abgebaut werden. In den sächsischen Fabriken von Porsche und BMW sind festangestellte Mitarbeiter bald in der Minderheit, etwa die Hälfte der Beschäftigten dürften mittlerweile über Werkverträgen in den Fabrikhallen sein.

Bei BMW in Leipzig sind inzwischen 26 Dienstleistungsfirmen als Werkvertragspartner registriert, wie Faurecia, ThyssenKrupp Automotive oder Wisag.

Wisag etwa war einmal eine Gebäudereinigungsfirma, jetzt entsendet sie rund 400 Mitarbeiter zu BMW und Porsche. Bei BMW schrauben sie Achsen zusammen, wenige Meter von den festangestellten Mitarbeitern entfernt, aber für bis zu 1000 Euro brutto weniger im Monat. Dabei ist die Wisag kein direkter Vertragspartner von BMW, sondern von ThyssenKrupp Automotive, der Leiharbeitsfirma, die von BMW engagiert wurde.

Die IG Metall hat schon vor vier Jahren durchgesetzt, dass Leiharbeiter bei BMW



Beschäftigte bei BMW: Immer weniger Festangestellte

den gleichen Lohn erhalten müssen wie Festangestellte. ThyssenKrupp Automotive schickt allerdings kaum eigene Leute, sondern holt sie sich über Werkverträge bei der Wisag, für die der Tarifvertrag nicht gilt.

Bei Audi in Ingolstadt arbeiten in der Entwicklungsabteilung rund die Hälfte der Ingenieure auf Werkvertragsbasis, schätzt die IG Metall. Sie verdienen bis zu 800 Euro weniger im Monat, müssen

40 statt 35 Stunden arbeiten, zahlen in der Kantine das Doppelte und gehen bei Prämienzahlungen leer aus.

„Audi hat erkannt, dass da etwas nicht stimmt“, sagt Johann Horn, IG-Metall-Bevollmächtigter in Ingolstadt und Aufsichtsratsmitglied des Autobauers. „Wir führen erste Gespräche mit Audi, wie wir das Problem beheben können.“

Wie schwer es ist, die eingefahrene Praxis zu bekämpfen, musste jüngst IG-Bau-Chef Wiesehügel erfahren. Die Gewerkschaft war am Bau eines Wohnparks in Heidelberg beteiligt. Eine wichtige Bedingung bei der Ausschreibung an die Baufirmen: keine Werkverträge.

Nach monatelanger Suche erklärte sich schließlich ein Unternehmen dazu bereit, die Bedingung zu erfüllen. Als die Bauarbeiten begannen, recherchierte Wiesehügel ein wenig über diese Firma. Seine Erkenntnis: Tatsächlich arbeitete auf der IG-Bau-Baustelle niemand unter Werkvertrag. Allerdings hatte die Firma alle festen Mitarbeiter von anderen Baustellen abgezogen und dort komplett durch Werkverträge ersetzt.

SUSANNE AMANN, MARKUS DETTMER,
CATALINA SCHRÖDER, JANKO TIETZ